

Ausländerbeirat

Der Vorsitzende

Geschäftsstelle des Ausländerbeirates
Auskunft erteilt: Frau Hutsylo
Berliner Platz 1, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1046
Telefax: 0641 306-2080
E-Mail: auslaenderbeirat@giessen.de

Datum: 12.12.2023

N i e d e r s c h r i f t

der gemeinsamen Sitzung des Ausländerbeirates und der Arbeitsgemeinschaft der
Ausländerbeiräte Hessen/Landesausländerbeirat

am Samstag, dem 30.09.2023,

im Stadtverordnetensitzungssaal, Rathaus, Berliner Platz 1, 35390 Gießen.

Sitzungsdauer: 10:00 - 15:10 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eintreffen/Zusammenkommen (ab 09.30 Uhr)
2. Begrüßung/Grußworte
3. Genehmigung der Protokolle
4. Themenschwerpunkt "Hessen vor der Wahl - Hessen hat die Wahl: Positionen auf dem Prüfstand" Gesprächsrunde mit Vertreter*innen folgender Parteien: Die Grünen (Katrin Schleenbecker), SPD (Turgut Yüksel), FDP (Yanki Pürsün), die Linke (Christiane Böhm)
5. Fachkräftesicherung: Vor welchen Herausforderungen stehen wir? Einführung und Gedankenaustausch zu Handlungsbedarfen mit Julius Gomes (stellv. agah-Vorsitzender, Marco André Batista Guerreio (AB-Marburg)
6. Bericht des agah-Vorstandes
7. Anträge - 23003: Wahlunterlagen für die Ausländerbeiratswahl 2026 in einfacher Sprache (Antragstellerin: Ausländerbeirat Marburg)
8. Verschiedenes

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eintreffen/Zusammenkommen (ab 09.30 Uhr)

Get together.

Von der Möglichkeit des informellen Austausches wird rege Gebrauch gemacht.

2. Begrüßung/Grußworte

E. Gülegen (agah-Vorsitzender) begrüßt alle Teilnehmer*innen der heutigen Plenarsitzung, die erstmals in Form einer öffentlichen Sitzung gemeinsam mit einem Ausländerbeirat ausgerichtet wird. Sein besonderer Dank gilt dem örtlichen Ausländerbeirat, dem Oberbürgermeister der Stadt Gießen, dem Stadtverordnetenvorsteher und dem Personal der Ausländerbeirats-Geschäftsstelle. Anschließend begrüßt der Vorsitzende des Ausländerbeirats Gießen, Z. Sahin, die Anwesenden. E. Gülegen bedauert, dass heute kein(e) Vertreter(in) der CDU den Weg nach Gießen gefunden hat, obwohl entsprechende Einladungen erfolgten. Im Anschluss richten Herr J. Grußdorf und Oberbürgermeister F. Becher Grußworte an die Teilnehmer*innen.

Danach stellt E. Gülegen die form- und fristgerechte Einladung zur heutigen Sitzung fest. Er weist darauf hin, dass für Wortmeldungen Wortmeldekarten verwendet werden müssen.

Es wird beschlossen, den Tagesordnungspunkt 3 erst nach der Mittagspause zu behandeln. Der Delegierte A. El-Fadghan (Erlensee) wünscht eine Aussprache zu dem Thema „Umgang mit Integrationskommissionen“. Es wird einstimmig beschlossen, hierüber im weiteren Verlauf der Sitzung zu sprechen. Mit Antrag Nr. 23004 vom AB Fulda liegt ein Initiativantrag vor. Es wird einstimmig beschlossen, diesen unter TOP 7 zu behandeln.

3. Genehmigung der Protokolle

Beide Protokolle werden einstimmig genehmigt.

4. Themenschwerpunkt "Hessen vor der Wahl - Hessen hat die Wahl: Positionen auf dem Prüfstand" Gesprächsrunde mit Vertreter*innen folgender Parteien: Die Grünen (Katrin Schleenbecker), SPD (Turgut Yüksel), FDP (Yanki Pürsün), die Linke (Christiane Böhm)

E. Gülegen begrüßt ganz herzlich Frau E. Roessler (hr.-Journalistin), die heute die Moderation der Diskussionsrunde übernehmen wird. Er freut sich, hierfür eine professionelle Moderatorin gewonnen zu haben. Bedauerlicherweise ist der SPD-Vertreter (Turgut Yüksel) nicht anwesend. Anwesend sind hingegen Frau K. Schleenbecker (Bündnis90/Die Grünen), C. Böhm ((Die Linke) und R. Rock (FDP). Im ersten Themenkomplex geht es um die Ausländerbeiräte, ihr Befugnisse und ihre personelle, finanzielle Ausstattung. Dabei wird auch Bezug auf das agah Positionspapier (Demokratische Teilhabe stärken" genommen. Die Vertreter*innen der drei Parteien willigen ein, an einem Runden Tisch die agah-Vorschläge gemeinsam mit der agah zu erörtern und zu diskutieren. Hinsichtlich der notwendigen finanziellen Ressourcen betont E. Gülegen, dass sich diese an den Handlungsbedarfen „Geschäftsstelle“, „Öffentlichkeitsarbeit“ und „Fortbildungs-Budget“ orientieren müssten. Die Moderatorin bezieht in die Diskussion auch die Anwesenden mit ein, die mit zahlreichen Wortmeldungen und Fragen auf die Aussagen der Politiker*innen reagieren und weitere Aspekte in die Diskussion mit einbringen. Im zweiten Teil der Gesprächsrunde geht es um das Thema „Bildung und Schule“ sowie um die Frage wie Präventionsarbeit gegen rechten Terror gelingen kann und was hierfür notwendig ist. Auch hier werden unterschiedliche Positionen erkennbar und ebenfalls durch zahlreiche Wortmeldungen der Delegierten kritisch hinterfragt. Der inhaltlich letzte Aspekt widmet sich dem Thema „Politische Partizipation und Wahlrecht“. Hier werden ebenfalls unterschiedliche Sichtweisen deutlich. Die Mitdiskutanten aus dem Plenum votieren eindeutig für eine Ausweitung des kommunalen Wahlrechts auch auf Nicht-EU-Staatsangehörige. Diese Position wird nur von Frau Böhm geteilt. Zum Abschluss der Gesprächs- und Diskussionsrunde werden die Parteien-Vertreter*innen um Namensvorschläge für ds Wort „Ausländerbeirat“ gebeten. Der Vorschlag „Rat der Eingewanderten“ von MDL C. Böhm findet dabei die mit Abstand größte Zustimmung unter den Anwesenden. E. Gülegen erklärt in diesem Kontext auch den agah-Vorschlag „Migrant*innenparlament“. Dieser Begriff sei HGO-konform und Zugewanderte können mit ihm sofort etwas anfangen, da beide Wortteile international verständlich und bekannt sind.

5. Fachkräftesicherung: Vor welchen Herausforderungen stehen wir? Einführung und Gedankenaustausch zu Handlungsbedarfen mit Julius Gomes (stellv. agah-Vorsitzender, Marco André Batista Guerreio (AB-Marburg))

E. Gülegen führt in den Tagesordnungspunkt ein und stellt die Frage, wie wir und zukünftig (z. B. auf dem agah-Plenum im Frühjahr des kommenden Jahres) mit einem (auch für die Ausländerbeiräte) so wichtigen Thema beschäftigen wollen. Heute ginge es um einen ersten inhaltlichen Aufschlag, für den J. Gomes und M. Batista Guerreiro (Marburg) gewonnen werden konnten. Er übergibt anschließend das Wort an den Kollegen aus Marburg, der verschiedene Facetten des Themas beleuchtet. Er hält die Ausländerbeiräte dafür prädestiniert, sich mit dem Thema zu beschäftigen, da ihre Mitglieder bereits häufig Erfahrungen gemacht haben, die neuzuwandernden Fachkräften noch bevorstünden. Ihm sei es wichtig, eine Plattform für dieses Thema zu etablieren und nachhaltig mitzugestalten. J. Gomes skizziert die derzeit wenig optimalen Rahmenbedingungen für Fachkräftezuwanderung und –sicherung. Hierzu gehört auch der Aspekt „Überlastung der Ausländerbehörden“. Er wünscht sich, dass Ausländerbeiräte vor Ort das Thema einbringen. Anschließend folgt ein allgemeines „Brainstorming“. Hierbei werden u. a. folgende Punkte geäußert:

- Fachkräftegewinnung im Ausland
- Potential der Geflüchteten, die teilweise qualifiziert sind und bereits hier legen
- Hier lebende Geflüchtete ohne oder nur mit geringer Qualifikation
- Wie gelingt es, unsere Perspektive zu finden?
- Welche Handlungsbedarfe sehen wir?

Zur weiteren Vorbereitung des Themas und zur Klärung der vorstehenden Fragen soll eine Arbeitsgruppe einberufen werden. Diese Arbeitsgruppe hat auch die Aufgabe, den Themenschwerpunkt „Fachkräftesicherung“ für eine agah-Plenarsitzung in 2024 federführend vorzubereiten oder/und alternativ hierzu einen Fachtag (ggf. in Kooperation mit einer Stiftung) zu planen. Die Arbeitsgruppe muss autonom arbeiten. Eine besondere personelle Unterstützung durch die agah-Geschäftsstelle ist nicht möglich. Die Beschlussfassung erfolgt einstimmig.

6. Bericht des agah-Vorstandes

Der Vorstandsbericht wird von J. Gomes vorgetragen.

**7. Anträge - 23003: Wahlunterlagen für die
Ausländerbeiratswahl 2026 in einfacher Sprache
(Antragsstellerin: Ausländerbeirat Marburg)**

23003:

**Wahlunterlagen für die Ausländerbeiratswahl 2026 in einfacher Sprache
(Antragsteller. Ausländerbeirat Marburg)**

Der Antrag wird aufgerufen und vom Delegierten des AB Marburg kurz erörtert. Gegen eine Behandlung gibt es aus Sicht der Antragskommission keine Bedenken.

Abstimmung:

Dem Antrag 23003 wird einstimmig zugestimmt.

23004:

**Überarbeitung der bestehenden Regelungen zu Führerscheinumschreibung vom
Land Hessen
(Antragsteller Ausländerbeirat Fulda)**

Der Antrag wird aufgerufen und von der Delegierten des AB Fulda kurz erörtert. Anschließend meldet sich Z. Sahin zu Wort, der als Inhaber einer Fahrschule für die Beibehaltung der bestehenden Regelung plädiert und die für sehr sinnhaft hält. J. Gomes mahnt die Gleichbehandlung bei der Umschreibung von Fahrlaubnissen (Führerscheinen) an.

Abstimmung:

Dem Antrag 23004 wird bei 2 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen mit 7 Ja-Stimmen zugestimmt.

TOP 7a (neu)

Austausch zur Frage des Umgangs mit Integrationskommissionen

Unter diesem neuen Tagesordnungspunkt wird das von A. El-Fadghan (Erlensee) geäußerte Anliegen aufgegriffen, das sich auf die Frage des Umgangs mit Integrationskommissionen bezieht. Hierbei nimmt er auch Bezug auf die letzte Sitzung der AG-Vorsitzenden in Egelsbach. Für ihn sei eine Zusammenarbeit mit Integrationskommissionen undenkbar, da diese demokratisch nicht legitimiert sind. E. Gülegen gibt zu bedenken, dass es eine agah-Position zu dieser Frage gibt. Sie muss nicht erneut herbeigeführt werden. Gleichwohl sei aber auch festzustellen, dass es neue Entwicklungen auf Kreis- und Kommunalebene gäbe. So stelle man beispielsweise fest, dass Ausländerbeiräte oder auch die agah punktuell zur Zusammenarbeit aufgefordert werden. Um diese Grundsatzfrage umfassender erörtern zu können, wird es hierzu im Jahres 2024 ein Wochenendseminar geben, das seitens des Ausländerbeirats Gießen finanziell

unterstützt wird.

8. **Verschiedenes**

- A. El-Fadghan (Erlensee) wünscht sich, dass möglichst viele Delegierte am 28.10.2023 nach Schöneck im Main-Kinzig-Kreis zur nächsten agah-Plenarsitzung kommen.
- Y. Akhgar (Lich) teilt mit, dass die Gemeinschaftsunterkünfte im Landkreis Gießen nunmehr über einen Internetzugang verfügen. Hinsichtlich einer Gemeinschaftsunterkunft beschreibt er deren Situation, geographische Lage und das Wohnumfeld für die Geflüchteten als katastrophal. E. Gülegen schlägt vor, eine Anfrage beim Regierungspräsidium oder sogar eine Strafanzeige zu stellen. Es wird angeregt, eine Ortsbegehung (unter Einbeziehung des KAB-GI, AB-GI und agah) zu planen und Kontakt zum entsprechenden Sozialarbeiter aufzunehmen.

Nachdem das Wort nicht mehr gewünscht wird, wird die Sitzung von Zeynal Sahin geschlossen.

Zeynal Sahin
Sitzungsleitung

Enis Gülegen
Sitzungsleitung

Stefan Zelder
Referent/kommiss. Gf.
Protokoll